[illegible] über den Haufen schießen lassen. So wie etwa in Breslau die Severingpolizei Arbeiter über den Haufen schießt, wenn die Bourgeoisie gerade ein „Schützenfest" begehen will in Vaterlandes Saus und Braus.

Mag sein, daß wirklich das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern drunten in China die Arbeiter aufgeweckt hat und sie ermunterte, den Kampf um ihr Menschenrecht gegen die schurkischen Ausbeuter kühn und trotzig aufzunehmen. Mag sein, daß sogar die Riftabyien davon wissen, daß in der Sowjetunion alle Völker und Rassen friedlich und gleichgeachtet zusammenleben, daß kein Volk dort das andere unterdrückt.

Auch das mag sein, daß, wie die englische Ausbeuterpresse schreit, „die Gefahr einer internationalen Katastrophe" droht zu erstehen aus den Vorgängen in China und Marokko.

Sicher ist jedenfalls nur, daß die französischen und englischen Arbeiter sich gegen die imperialistischen Schandtaten in China und Marokko so drohend erheben, daß ihre Ausbeuter zittern.

Und auch gegen den Garantiepakt. Die englischen Gewerkschaften führten längst eine Kampagne in England gegen den deutschen Dawespakt, der den deutschen Arbeiter so verelendet und versklavt, daß er dem englischen jede gemeine Schmutzkonkurrenz macht. Internationale proletarische Solidarität verlangen die englischen Gewerkschaften zur Abwehr des internationalen Ansturms der Reaktion. Und mit noch größerer Entschiedenheit bekämpfen die englischen und französischen Arbeiter den Garantiepakt, weil sie rechtzeitig erkannt haben, was er bedeutet, nämlich den neuen Weltkrieg gegen Räterußland und damit eine weitere Versklavung des gesamten Weltproletariats.

•

Was tun aber SPD. und ADGB.? Gegen Zölle, Steuern, Teuerung, Massenaussperrung, gegen die monarchistische Reaktion und die brutale Ausbeuteroffensive auf der ganzen Linie führen diese behaglichen Herren einen heuchlerischen Scheinkampf mit leeren Phrasen und Redensarten im Parlament und in seichten „Kundgebungen". Vor allem aber sind sie darauf bedacht, ja nicht das Spiel der Unternehmer zu stören und ja nicht dem Arbeiter die Dinge zu zeigen, wie sie sind, wie die englischen und französischen Sozialisten und Gewerkschaftler selbst schildern.

Die englische, amerikanische, französische und auch die deutsche bürgerliche Presse erklärt ganz offen: „Der Garantiepakt bedeutet den Krieg gegen Sowjetrußland, der russische Arbeiterstaat muß vernichtet werden! Der Garantiepakt ist die imperialistische Einheitsfront gegen das Weltproletariat und gegen Rußland!"

Längst haben fünf Millionen englische und sechs Millionen russische Gewerkschafter ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, Arbeitereinheitsfront gegen Ausbeutereinheitsfront.

Nur der ADGB. sabotiert diese proletarische Einheitsfront noch mit allen Listen und Ränken im nationalen und internationalen Rahmen. Und ebenso die SPD. Diese Partei allein wagt heute noch, entgegen der gesamten bürgerlichen Presse der Welt, den Garantiepakt den Arbeitern als ein „Friedensinstrument" anzupreisen! Und schamloser, dreister und dümmer als das gemeinste reaktionäre Ausbeuterblatt hetzt die SPD.-Presse zum Krieg gegen den russischen Arbeiterstaat. Sie will ihr „segensreiches" Werk, den Dawespakt, „vollenden" mit dem Garantiepakt, mit dem Völkerbund. Sie will die deutsche Arbeiterschaft in einen neuen Krieg stürzen, weil ihre Ministerlinge hoffen, dabei wieder im Trüben fischen zu können.

Arbeiter, verlangt in euren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Rechenschaft von solchen „Führern". Sie üben Verrat an der Sache des Proletariats, sie fechten für die Einheitsfront der Ausbeuter.

Kämpft um die Einheitsfront der Arbeiter!

Kämpft, jeder an seiner Stelle, in Betrieb, Verband, Verein!

Bramley über die Antibolschewisten

Der nach seinen eigenen Angaben auf dem gemäßigten Flügel der britischen Arbeiterbewegung stehende Sekretär des Generalrates der britischen Gewerkschaften, Fred Bramley, sagte in seiner Rede auf der Exekutivsitzung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale den kontinentalen Sozialdemokraten am 6. Februar 1925 u. a. folgendes:

„Mir scheint, Sie können jedes andere Thema unter der Sonne diskutieren, ohne in diesen panikartigen Zustand zitternder Furcht und Aufregung, in diese fast wilde Raserei zu geraten, wie es geschieht, wenn die russischen Fragen erwähnt werden. Es muß das irgendein psychologisches Problem sein, das ich unfähig bin — bin ich doch kein Professor — zu lösen; aber es ist unzweifelhaft da. Sie können ruhig und ohne Aufregung die Tätigkeit der Faschisten in Italien diskutieren; sie können in größter Ruhe die Unterdrückung der Gewerkschaften in anderen Ländern erörtern; Sie können die Tätigkeit der kapitalistischen Regierungen und ihre Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung in einem Lande nach dem anderen besprechen, ohne diese überflüssige Epidemie der Aufregung. **Aber wenn Sie anfangen, über Rußland zu diskutieren, dann scheinen Sie unter einer bösartigen Krankheit zu leiden, über die ich nicht viel sagen kann, da ich sie nicht verstehe."**

Bramley irrt: die Furcht der Konterrevolutionäre ist kein psychologisches, sondern ein politisches Problem. Die Bureaukraten fürchten die Einheitsfront, weil es ihnen um die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital bange ist.

Aufstieg in Sowjet-Rußland

Besserung um 200 Prozent.

Die „Prager Presse" meldet aus Moskau: Auf der allsowjetistischen Beratung der Finanzreferenten berichtete Volkskommissar für Finanzen Sokolnikow über die Situation. Er teilte mit, daß nach den vorläufigen Angaben die Brotgetreide-Ernte im heurigen Jahr jene des Vorjahres um 800 bis 900 Millionen Pud übersteigen werde. Auch in anderen Zweigen des Wirtschaftslebens ist eine Besserung von zirka 200 Prozent gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres zu bemerken. Die gute Ernte dieses Jahres beschleunige noch mehr das wirtschaftliche Entwicklungstempo des Landes und ermöglicht auch die Ausfuhr von Brotgetreide ins Ausland. Dadurch werde wieder der Einkauf notwendiger Rohstoffe und landwirtschaftlicher Maschinen im Auslande erleichtert.

Die Art der Steuereinhebung müsse vervollkommnet werden. Im kommenden Jahre werde durch erhöhte Steuerbelastung eine Erhöhung der Staatseinnahmen durchgeführt werden müssen, was aber nicht ausschließlich nur auf Rechnung einzelner Wirtschaftskörper durch erhöhte Steuerbelastung durchgeführt werden müsse. Das Bestreben der Steuerreform müsse eher auf eine Erhöhung der Einnahmen durch allgemeine Besserung und Hebung des ganzen Wirtschaftslebens bedacht sein. Weiter ist es notwendig, bei den Steuer-Vorschreibungen für private Handelsunternehmungen darauf zu sehen, daß die betreffenden Steuer-Gesetze und -Vorschriften genau eingehalten werden, da es nicht angehe, die Privatunternehmungen durch hohe Steuern zu vernichten oder ihre Tätigkeit unmöglich zu machen, soweit allerdings die Tätigkeit dieser Gesellschaften vom Gesetz erlaubt ist. In der Frage des Verkaufes geistiger Getränke wird die Sowjetregierung ihre festen Prinzipien, das ist die Einschränkung des Verbrauches und der Erzeugung, einhalten.

Im kommenden Jahre beabsichtigt die Sowjetregierung die Arbeitslöhne in jenen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zu erhöhen, wo die Löhne noch nicht die Vorkriegsbasis erreicht haben.

Nach Sokolnikow referierte der Sowjetbotschafter in Paris, Krassin, der Mitteilungen darüber machte, mit welcher Aufmerksamkeit das Ausland das wirtschaftliche Leben des Sowjetstaates verfolgt.

Der „hypnotisierte" Kindermann überführt

Moskau, 2. Juli. (Meldung der russischen Telegr.-Agentur.) Zehnte Gerichtssitzung des Studentenprozesses. Der Staatsanwalt verliest die Untersuchungsaussagen Kindermanns vom 6. und 7. Februar, sowie seine Briefe an Dzerschinski und Kalinin, **in denen der Angeklagte seine terroristischen Absichten und seine Schuld völlig eingesteht.** Als die Verlesung des Protokolls angekündigt wird, meldet sich Wolscht-trank und erhält auf sein Ersuchen einen Krankenurlaub bis zum Abend. Kindermann erklärte bei der Protokollabfassung keinem physischen, sondern einem psychischen Druck ausgesetzt gewesen zu sein, **bezüglich der Entstehung der Untersuchungsprotokolle und der Briefe an Dzerschinski und Kalinin von ihm stammen und bestätigt die Authenzität sämtlicher Unterschriften.** Er behauptet, daß von zwei verschiedenen Personen eine Hypnotisierung vorgenommen worden sei, **doch gibt er nachher zu, daß die erwähnten Briefe, welche ein völliges Einverständnis enthielten, von ihm geschrieben seien.** Der Vorsitzende stellt fest, daß Kindermanns Aussagen materiell völlig mit denjenigen Dittmars **übereinstimmen** und daß es das Gericht für erwiesen hält, daß Kindermann seine Kameraden verraten wollte, **um sich selbst zu befreien,** auf die Frage des Vorsitzenden an Kindermann, ob ihm bekannt sei, daß Hypnotisierte nach dem hypnotischem Zustande niemals wußten, was mit ihnen geschehen sei, erwiderte Kindermann: **„Das ist mir völlig bekannt."** Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte trotzdem behauptet, über die Vorgänge während seines angeblichen hypnotischen Zustandes orientiert zu sein.

Selbst Demokraten gegen die SPD.

Die schamlose Hetz der SPD. gegen Sowjetrußland und die sklavenhafte Bereitschaft dieser Verräter, in die imperialistische Front einzurücken durch die bedingungslose Annahme der Briandschen Note und der Forderung nach dem sofortigen Eintritt in den Völkerbund, geht selbst den Demokraten auf die Nerven. In der Montag-Nummer des „Berliner Tageblattes" befaßt sich Theodor Wolff mit einem Artikel Breitscheids, der unlängst im „Vorwärts" mit bemerkenswerter Offenheit die imperialistenfreundliche Politik seiner Partei enthüllt hat.

Theodor Wolff schreibt, daß seine Wege sich von denen Breitscheids trennen,

„denn Herr Dr. Breitscheid will **unter allen Umständen** nach Genf zum **Völkerbunde** wandern, auch der Artikel 16, der **Durchmarschartikel,** hemmt nicht seinen Geschwindschritt, und da kommen wir nicht mit. Breitscheid meint, dieser Artikel sei „praktisch im Verhältnis zu allem anderen nur von untergeordneter Bedeutung", und im übrigen brauche ja ein Bundesmitglied den Durchzug von Truppen nur dann zu gestatten, „wenn es selbst seine Voraussetzung für gegeben hält". Folgt er nicht jener natürlichen, dem Menschen angeborenen und in der Politik gefährlichen Neigung, **vom Wunsch sich einlullen zu lassen und einige Realitäten zu übersehen?** Manchem, der sonst durch kritischen Scharfsinn sich auszeichnet, haftet doch etwas vom Tasso an. „Und jede Blume windet er zum Kranz."

Der Chefredakteur des demokratischen Blattes beliebt eine blumenreiche Sprache. Herr Breitscheid will nicht „jede Blume zum Kranze winden", sondern er will bewußt den Krieg gegen Sowjetrußland; er ist bedingungslos bereit, jeden, der diesen Krieg will, voll und ganz zu unterstützen, weil er nur zu gut weiß, daß zuletzt jede sozialdemokratische Gemeinheit auf Sand gebaut ist, solange die Räterepublik besteht und 130 Millionen Arbeiter und Bauern dem westeuropäischen Proletariat und die Milliarden Kolonialvölker zur Seite stehen. Darum sind die Sozialdemokraten die erbittertsten Feinde Sowjetrußlands. Darum sind sie die treuesten Handlanger der englischen Imperialisten.

Aber die sozialdemokratischen Pläne sind der größte Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse. Deshalb wird der ganze Anschlag an der Wachsamkeit des Proletariats bestimmt scheitern.

Deutschnationale ins Preußenkabinett

Die „Vossische Zeitung" meldet:

„Im preußischen Landtag spukte wieder einmal das Gerücht einer „baldigen Regierungsumbildung". Gestern hatte eine interfraktionelle Sitzung stattgefunden, die vom Zentrum einberufen worden war, und in der wieder einmal eingehend von der Regierungsumbildung im Sinne eines Kabinetts der **„Volksgemeinschaft"** gesprochen worden ist. Das Zentrum ist sehr eifrig in dem Bestreben, die Umbildung des gegenwärtigen Kabinetts Braun zu beschleunigen. Es heißt, daß sich die Deutschnationalen jetzt bereit erklärt hätten, eventuell in ein Kabinett hineinzugehen, in dem auch Sozialdemokraten vertreten seien."

Trotz der sozialdemokratischen Ableugnungen gehen also die Verhandlungen der „Volksblock"-Parteien mit den Deutschnationalen weiter. Wie verlautet, sind die Sozialdemokraten bereit, den Eintritt der Deutschnationalen ins Kabinett zu billigen, wenn letztere dem Sicherheitspakt zustimmen würden. Also für die Zustimmung der Deutschnationalen zum Kriegspakt gegen Sowjetrußland sollen sie auch noch mit dem maßgebenden Einfluß in Preußen bezahlt werden. Was sagen die SPD.-Arbeiter dazu?

Volksparteiliches Vertrauensvotum für Stresemann

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Da die Opposition der Mitgliedermassen der Deutschnationalen gegen den Sicherheitspakt sich dauernd verschärft, hat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nach Billigung der Politik Stresemanns beschlossen, durch eine große außenpolitische Debatte über den Garantiepakt, welche mit einer Interpellation der Volkspartei heute beginnen soll und eine folgende namentliche Abstimmung über ein Vertrauensvotum für Stresemann die Deutschnationalen zwingen, Farbe zu bekennen. Unterdessen wird mit allen Mitteln gearbeitet, eine Regierungskrise zu vermeiden, trotzdem zuletzt durch die Veröffentlichung eines Privatbriefes von Schlieben klar erwiesen ist, daß die deutschnationalen Minister ihren Wählern gegenüber die Verantwortung für den Garantiepakt ableugnen wollen. Bemerkenswert ist der Vorstoß der „Vossischen Zeitung", die nach einer scharfen Kennzeichnung der Lage schreibt, die Krise könne nur vertagt, aber nicht in der Form gelöst werden, daß die Regierungsmehrheit für die Dauer unverändert in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung bliebe.

Zolldebatte im Reichstagsausschuß

Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde **Generaldebatte über die Schutzzollvorlage** fortgesetzt. Genosse Höllein griff die Regierung an, indem er nachwies, daß sie die wichtigsten Probleme der Schutzzollpolitik, nämlich ihre Auswirkung auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen, auf die wirtschaftliche Lage der kleinen und mittleren Bauern, auf das Verhältnis der landwirtschaftlichen zur industriellen Produktion und die Gefahr wucherischer Ausnutzung durch die Kartelle und Trusts mit Stillschweigen übergangen hat. Er verlangte, daß diese und eine Reihe anderer wichtiger Fragen dem von den Demokraten geforderten Sachverständigenausschuß zur Behandlung überwiesen werden und betonte, daß **die kombinierten Agrar- und Industriezölle eine gewaltige neue Belastung und Ausplünderung nicht nur der arbeitenden Massen in der Stadt, sondern auch auf dem Lande bedeute.**

Von bürgerlicher Seite sprachen der Vorsitzende der Bayrischen Landes-Bauernkammer, Dr. Hornlacher von der Bayr. Volkspartei, das Vorstandsmitglied des Verbandes Sächsischer Industrieller, Schneider von der Deutschen Volkspartei und Freiherr von Richthofen von den Deutschnationalen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte nahm noch Genosse Rosenberg das Wort und widerlegte in eingehenden Ausführungen die Argumente für den Industrieschutzzoll. Genosse Rosenberg charakterisierte die Methode, mit der die kapitalistischen Interessenvertreter ihre Wünsche auf Kosten der Allgemeinheit durchzusetzen suchten. Der Abgeordnete Dr. Schneider, der Vertreter der sächsischen Industriellen fühlte sich dadurch getroffen und protestierte in einer persönlichen Bemerkung. Genosse Rosenberg erklärte aber, daß die kommunistischen Abgeordneten ohne jede Rücksichtnahme den Vorkämpfern des Großkapitals die Maske vom Gesicht reißen werden.

„Barmat-Bauer" erhält einen neuen Posten

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Wiederaufnahme Bauers in die SPD. soll er jetzt, wie die „Rote Fahne" erklärt, zum Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin mit einem Jahresgehalt von 16 000 Mark ernannt werden.

Wir brachten gestern die Meldung, daß der Schieber Bauer wieder in die SPD. aufgenommen worden ist, nachdem er von der Berliner Parteiorganisation ausgeschlossen wurde. Jetzt, nachdem er wieder aufgenommen ist, sorgt die Schiebergesellschaft dafür, daß der „ehrenwerte Parteigenosse" Bauer neue fette Pfründe erhält. Der Korruptionsskandal in der SPD. wird immer größer.

Der Stank aus dem Barmat-Sumpf

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nachmittagssitzung des Barmat-Untersuchungs-Ausschusses wurde der Abgeordnete Lange-Hegermann, der jetzt noch als Vertreter des Zentrums im Reichstag sitzt, vernommen. Er gebärdete sich äußerst nervös. **Sein Bestreben ist es, die Hauptschuld bei dem Postkreditskandal auf Hölle zu schieben.** Er gibt an, daß er durch den Zentrumsabgeordneten Universitätsprofessor der Theologie Dr. Schreiber in die Posttreditangelegenheit hineingezogen worden sei. Dr. Schreiber hat ihn gebeten, einer Papierfabrik in Dresden, der Firma Burischer, aus finanziellen Schwierigkeiten zu helfen. Diese Firma sei eine gut katholische gewesen. Die Inhaber wären gute Christen, die viel für die Kirche getan hätten. Dr. Schreiber hat ihm auch erklärt, daß Hölle bereit sei, Kredite zur Verfügung zu stellen. In dem Vertrag der 2-Millionen-Mark-Kredite sei keine Rede davon gewesen, daß dieses Geld für das besetzte Gebiet und die Pfalz verwendet werden soll. Dieses Argument scheint also Hölle nur gegenüber der Verteidigung des Reichspostministeriums gebraucht zu haben, um Kredit zu bekommen. Es stellte sich dann später heraus, daß die Hypotheken für den Papierfabrikkredit, welche über die Merkurbank eingetragen waren, überhaupt nicht existierten. Lange-Hegermann hat, trotzdem er wußte, daß die Gelder nicht an das besetzte Gebiet und an die Pfalz kommen, Verträge unterschrieben und Briefe beantwortet, in denen ausdrücklich steht, daß die 2 Millionen Mark für diese Gebiete verwendet werden. Es wird dann festgestellt, daß er Mitglied des Aufsichtsrates der Barmat-Merkur-Bank war, daß die katholische Papierfabrik in Dresden 1,8 Millionen Mark erhalten hat und daß andere katholische Unternehmungen und Organisationen, unter anderem auch die Kirchengemeinde Kirchheim, sowie der katholische Pfarrer Brand-Botrop aus dem 2-Millionen-Kredit Gelder überwiesen bekommen haben.

Der Streik der Dresdner Brauereiarbeiter

Seit heute früh stehen die sämtlichen Dresdner Brauereien, mit Ausnahme der „Genossenschaftsbrauerei", im Streik. Der Kampf geht um den für das Brauereigewerbe gültigen Mantelvertrag.

Ein 4. Delegierter der Dresdner Arbeiterschaft nach Sowjet-Rußland

Die Belegschaftsversammlung der bekannten Blechwarenfabrik Anton Reiche nahm in ihrer gestrigen Betriebsversammlung zu der Frage, Entsendung einer Arbeiter-Delegation nach Sowjetrußland, Stellung. Mit überwältigender Mehrheit und zwar mit 1000 gegen 30 Stimmen wurde der Kollege Vogelgesang (SPD.), Arbeiterratsvorsitzender, als Delegierter einer Studienkommission nach Sowjetrußland gewählt. Es ist dies der 4. Delegierte, der nunmehr von der Dresdner Arbeiterschaft nach Sowjetrußland trotz aller Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokraten gewählt wird. Arbeiter! Unterstützt die Sammellisten für die Delegierten der Arbeiter-Delegation! Hinweg mit der Bolschewistenhetze!

Wie die Ruhr „geräumt" wird

Düsseldorf, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) General Petain war in Düsseldorf, um angeblich die bevorstehende Räumung des Ruhrgebiets zu besprechen. Aus gut informierter Quelle erfahren wir, daß die aus dem Ruhrgebiet abziehenden Truppen die Besatzungen in Koblenz, Trier und anderen Städten des Rheinlandes verstärken sollen.

Die Ruhrräumung als solche bedeutet zweifellos ein Nachgeben Frankreichs gegenüber England. Nichtsdestoweniger versucht Frankreich, alle Möglichkeiten auszunutzen, um seine Truppen in Deutschland zu halten. Die zwischen den französischen und belgischen Militärs gegenwärtig stattfindenden Besprechungen gehen offenbar in dieser Richtung. Die Ruhrtruppen werden einfach in den rheinischen Städten stationiert. — Auch eine „Räumung"!

Folgeerscheinungen der französischen Inflation

Saarbrücken, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Infolge des Sinkens des französischen Franken herrscht unter der Saar-Bergarbeiterschaft große Not und große Erbitterung. Die Belegschaft der Zeche Altenwald, 3000 Mann, sind in passive Resistenz getreten.**